

Beschluss Keine Sicherheit für Nazis - rechte Strukturen in Behörden bekämpfen!

Antragsteller*in: Sebastian Hansen, Fiona Strauß, Samuel Kuhn, Florian Leiner, Konstantin Mack, Christina Danzer, Magdalena Laier, Miriam Zschau
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes

1 In den letzten Monaten wurden die Probleme, die bayerische und deutsche
2 Sicherheitsbehörden seit Jahrzehnten mit extrem rechten Netzwerken und Tendenzen
3 haben, nochmals besonders deutlich. Das „Hannibal“-Netzwerk, eine Gruppe von
4 sogenannten „Preppern“ und anderen Nazis innerhalb von Bundeswehr,
5 Verfassungsschutz und Polizei in ganz Deutschland, wurde enttarnt. In Hessen
6 verschickten Polizist*innen als „NSU 2.0“ Morddrohungen an die NSU-Opferanwältin
7 Seda Basay-Yildiz. In Bayern äußerten sich Mitglieder der Polizei-Spezialeinheit
8 USK (Unterstützungskommando) in Chats antisemitisch und menschenverachtend. Und
9 diese Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs. Diese enorm großen und
10 strukturellen Verstrickungen der Sicherheitsbehörden sind eine Gefahr für die
11 Demokratie. Leider werden weder extrem rechte Personen und Strukturen innerhalb
12 der Sicherheitsbehörden von Bundes- und Staatsregierung effizient bekämpft, noch
13 werden die strukturellen Gegebenheiten in den Behörden derart geändert, dass es
14 für die extreme Rechte schwieriger wird, sich dort zu etablieren. Es braucht nun
15 ein konsequentes Durchgreifen gegen das extrem rechte Sicherheitspersonal und
16 darüber hinaus müssen strukturelle Veränderungen erreicht werden!

17 Das Hannibal-Netzwerk auch in Bayern zerschlagen!

18 Im Oktober 2019 wurde bekannt, dass auch ein bayerischer Polizist Mitglied des
19 Vereins "Uniter e.V." ist, der vom ehemaligen KSK-Soldaten Andre S. betrieben
20 wird. Andre S. wiederum ist laut Medienberichten Kopf des "Hannibal"-Netzwerks –
21 eines Zusammenschlusses von Neonazis, sogenannten "Preppern" und AfD-
22 Politiker*innen –, in das auch der Verein Uniter eingebunden sein soll. Die
23 Mitglieder des Hannibal-Netzwerkes sollen Waffen und Munition gehortet und damit
24 den Plan gehabt haben, an einem "Tag X" politische Gegner*innen zu töten. Für
25 die Staatsregierung ist der Fall jedoch offenbar kein Problem; gegen den
26 involvierten Polizisten soll nicht vorgegangen werden. Dieser Fall zeigt erneut
27 auf, dass die bayerische Landesregierung kein wirkliches Interesse an der
28 Aufklärung der Aktivitäten von extrem rechten Netzwerken hat. Die GRÜNE JUGEND
29 Bayern fordert deswegen, den Verein "Uniter e.V." als Teil des extrem rechten
30 Hannibal-Netzwerkes zu verbieten und sämtliche Beamt*innen, denen eine
31 Beteiligung am Hannibal-Netzwerk nachgewiesen werden kann, sofort aus dem Dienst
32 zu entfernen.

33 Rechten Corps-Geist in der Polizei bekämpfen!

34 Das Unterstützungskommando der bayerischen Bereitschaftspolizei, kurz USK,
35 besitzt schon länger den Ruf, für extrem rechte Ideologie anfällig zu sein. 2014
36 wurden Nazi-Aufkleber in einem Fahrzeug des USK gefunden und der Antisemitismus-
37 Fall 2018 beim Münchner USK zeigt diese Problematik erneut auf. Dort waren in
38 einen Chat von knapp 50 USK-Beamt*innen antisemitische Videos gepostet worden,
39 ohne dass jemand in diesem Chat aktiv widersprochen hätte. Bekannt wurde dies
40 nur durch Ermittlungen wegen eines anderen Falls und journalistischer Recherche.
41 Gut erkennbar sind die Gruppendynamik und der Corps-Geist, der in dieser
42 sogenannten "stehenden Einheit" herrscht und rechte Tendenzen und die
43 Radikalisierung von Beamt*innen befördert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert

44 deswegen die Auflösung des USK. Auch in anderen stehenden Einheiten muss durch
45 regelmäßige Rotation der Beamt*innen verhindert werden, dass eingeschwoene
46 Zirkel entstehen, in denen sich, rechte Einstellungen entwickeln und potenzieren
47 können. Eine besondere Rolle spielen dabei auch die Polizeigewerkschaften.
48 Während die DPolG mit ihrem Vorsitzenden Rainer Wendt regelmäßig offen
49 rassistische Positionen vertritt, hat die GdP den Ruf, etwas gemäßiger zu sein.
50 Aber auch hier sind Fälle von Rassismus bekannt, wie zum Beispiel rassistische
51 Lehrbücher für die Polizeiausbildung, die vom Verlag der GdP vertrieben wurden.
52 Genauso problematisch wie Grüppchenbildung innerhalb der Polizeieinheiten ist
53 es, dass die Polizei oftmals besonders anziehend auf Menschen mit autoritärem
54 Charakter wirkt. Diese Menschen sind wiederum ziemlich anfällig für extrem
55 rechte Positionen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, schon in der
56 Ausbildung von Polizist*innen autoritäres Gehabe nicht zu tolerieren oder gar zu
57 fördern, entsprechend kritische Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen anzuwenden und
58 den Führungsstil innerhalb der Polizei soweit wie möglich von Autoritarismus zu
59 befreien.

60 Für mehr Demokratiebildung bei der Polizei und eine unabhängige
61 Ermittlungsstelle!

62 Ebenfalls müssen alle Polizist*innen in Bayern in ihrer Ausbildung und darüber
63 hinaus deutlich mehr Demokratiebildung erhalten und darin geschult werden,
64 menschenfeindliche Positionen und Symbolik zu erkennen. Ein besonderes Augenmerk
65 soll dabei auf neonazistischen, extrem rechten, antisemitischen und
66 islamistischen Codes liegen. Dabei soll ihnen auch nachdrücklich vermittelt
67 werden, dass menschenfeindliche Ideologie im Polizeidienst nichts verloren hat.
68 Wer dennoch klar solche Positionen vertritt, muss konsequent aus dem
69 Polizeidienst entfernt und nicht sogar noch befördert werden, wie es ein
70 Polizist im Juni 2019 wurde, der Muslime pauschal als "Räuber, Vergewaltiger und
71 Mörder" bezeichnete. Der Beamt*innen-Status soll entzogen werden und es muss
72 sichergestellt werden, dass diese Personen nicht länger im öffentlichen Dienst
73 tätig sind. Damit Ermittlungen gegen Polizist*innen bei solchen Fällen nicht
74 durch die eigenen Kolleg*innen geführt werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern
75 die Einrichtung einer unabhängigen, von der Polizei und dem Innenministerium
76 komplett abgetrennten Ermittlungsstelle mit umfassenden Ermittlungskompetenzen
77 und Kontrolle durch das parlamentarische Kontrollgremium, sowohl auf Landes- wie
78 auch auf Bundesebene. Diese Stelle soll sich nicht nur, aber in einem ihrer
79 Schwerpunkte mit extrem rechten Personen und Netzwerken in der Polizei und
80 anderen staatlichen Behörden befassen. Polizist*innen und Bürger*innen sollen
81 sich bei Verdachtsfällen vertraulich an die Ermittlungsstelle wenden können. Für
82 die Hinweisgeber*innen muss außerdem ein umfassender Schutz gelten. Es darf
83 nicht mehr vorkommen, dass Personen, die extrem rechte Vorkommnisse melden, aus
84 dem Dienst geworfen werden, so wie das beim Bundeswehrsoldaten Patrick T. der
85 Fall war. Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, die Hürden zur
86 Entfernung von rechtsgerichteten Beamt*innen aus dem Dienst zu senken.

87 Die jüngsten Vorfälle sind oftmals nur dank kritischen Journalist*innen
88 öffentlich geworden. Die GRÜNE JUGEND Bayern bekennt sich klar zur Rolle der
89 Medien als "vierte Gewalt" in einer Demokratie und unterstützt solche
90 Recherchen.

91 Das Problem heißt auch Verfassungsschutz - Schluss mit dem geheimen Dienst!

92 Der Verfassungsschutz ist als Behörde in besonderem Maße von extrem rechten
93 Strukturen durchsetzt. Der Verfassungsschutz bewertet politische Gruppierungen
94 und Positionen anhand der völlig unhaltbaren Extremismus-Theorie, die links und
95 rechts gleichsetzt. In der Realität werden rechte Gruppierungen mit
96 Samthandschuhen angefasst oder sogar über das VS-eigene V-Leute-System
97 mitfinanziert. Dass jemand wie Hans-Georg Maaßen, der heute mit rechten
98 Verschwörungstheorien öffentlich auffällt, jahrelang Präsident des Bundesamtes
99 für Verfassungsschutz sein konnte, ist nur eins von vielen Problemen. Denn das
100 aktuelle Personal des Verfassungsschutzes ist in dieser rechten Tradition, die
101 in der Personalie Maaßen ihren Höhepunkt fand, tief verhaftet. Der
102 Verfassungsschutz ist als Behörde nicht reformierbar und gescheitert. Die GRÜNE
103 JUGEND Bayern fordert deswegen die sofortige Abschaffung des V-Leute-Systems und
104 die anschließende Abwicklung des Verfassungsschutzes in Bayern wie im Bund. Zur
105 Aufklärung rassistischer, antisemitischer, extrem rechter, islamistischer oder
106 anderweitig menschenverachtender Gruppen und Strömungen muss eine unabhängige,
107 wissenschaftlich arbeitende Institution geschaffen werden. Die Finanzierung
108 dieser Institution muss gesetzlich geregelt werden und personelle Kontinuitäten
109 zum alten Verfassungsschutz müssen ausgeschlossen werden.

110 Wenn wir einen noch weitergehenden gesellschaftlichen Rechtsruck verhindern und
111 die Demokratie schützen wollen, müssen die Sicherheitsbehörden frei von Nazis
112 sein. Den deutlichen Hinweisen auf bestehende extrem rechte Strukturen muss
113 konsequent nachgeforscht und Konsequenzen gezogen werden. Die GRÜNE JUGEND
114 Bayern fordert deswegen die schnellstmögliche Umsetzung der genannten Maßnahmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.